

Newsletter Soziale Stadt

Inhalt dieser Ausgabe

- Es geht um Werte, die wir alle teilen ■
- Nur gemeinsam sind die Probleme zu lösen ■
- Studententag Gemeinwesendiakonie ■
- Gemeinde und Integrierte Stadtteilentwicklung ■
- Soziale Kirche - Sozialkirche ■
- Bürgerhaus Bornheide eingeweiht ■
- Neuer Mietenspiegel ■
- Hamburg finanziert keine unabhängige Sozialberatung mehr ■
- Veranstaltungen ■

Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn Schicksale ein Gesicht bekommen, einen Namen und eine Geschichte, dann merken wir an ganz verschiedenen Stellen, ob in der Sozialberatung in Wilhelmsburg, in der Kirchengemeinde auf St. Pauli oder auch an jedem anderen Ort, an dem Begegnungen mit Menschen in akuter oder auch andauernder existenzieller Not stattfinden, dass gesetzliche Regelungen häufig diesem Einzelschicksal nicht Rechnung tragen können. Gesetzlichen Bestimmungen, die 98% aller Fälle einen guten Rahmen geben, tun dies für 2% der Fälle eben auch nicht. Hier braucht es ein verstärktes Augenmerk aller. Korrektive gehören unabdingbar zu den Regelhilfesystemen dazu, damit Hilfe für Menschen mit besonderen Fallkonstellationen und Konfliktfällen nicht von dem Mut einzelner zur und deren Kreativität in subversiver Innovation im bestehenden Hilfesystem abhängig ist.

Gleich zwei Beiträge, der zu der Situation der Flüchtlinge in der St. Pauli Kirche, wie auch der Bericht zur Neuausrichtung der psychosozialen Beratung nach § 16a SGB II, berühren diese Kontroverse.

Lesen Sie ferner einen Bericht über den Studententag Kirche im Quartier, der Gelin-
gungsbedingungen für den Zugang von Kirche ins Gemeinwesen reflektierte.

Am 14. September wurde nach langer Planungs- und Realisierungsphase das Bür-
gerhaus Bornheide eingeweiht, welches 18 Angebote für den Stadtteil unter seinem
Dach vereint. Dieser Newsletter berichtet von der Eröffnung.

Und zum Schluss, wie gewohnt, einige Veranstaltungshinweise schon zur Notiz in
Ihrem Kalender.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre

Ihr Thorsten von Borstel
Gemeinwesendiakonie und Jugendsozialarbeit
Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost
im Namen der Herausgeber

wilm@stpaulikirche.de

Ulrike Schnellbach hat für Publik Forum ein Interview mit Sieghard Wilm geführt. Es ist erschienen in Publik Forum kritisch christlich unabhängig, Oberursel, Ausgabe 20/2013. Obwohl die dort beschriebene Situation der Flüchtlinge sich aktuell verändert hat, wollen wir das Interview an dieser Stelle dokumentieren, denn es enthält grundsätzliche Aussagen zur humanitären Unterstützung der Flüchtlinge Lampedusa in Hamburg und zur Erfahrung der Gemeinde

Lampedusa ist überall: 300 Flüchtlinge, die zunächst auf der italienischen Mittelmeerinsel gestrandet waren, leben seit Anfang des Jahres in Hamburg. Sie kommen aus westafrikanischen Ländern wie Mali, Togo oder Niger und waren als Wanderarbeiter nach Libyen migriert. Von dort mussten sie vor dem Bürgerkrieg fliehen. In Italien schickte man sie weiter, nun hoffen sie auf ein Bleiberecht und Arbeit in Deutschland. Die evangelische St. Pauli Kirche hat 80 von ihnen aufgenommen und versorgt sie seit Juni mit dem Lebensnotwendigen. Pastor Sieghard Wilm spricht von einem Akt der humanitären Nothilfe. Momentan verhärten sich die Fronten: Der Senat besteht darauf, dass die Flüchtlinge sich offiziell registrieren lassen, die Afrikaner und ihre Anwälte befürchten, dass sie dann nach Italien zurückgeschoben werden.

Herr Wilm, was fordern Sie für die Flüchtlinge?

Ich wünsche mir ein humanitäres Bleiberecht für diese Menschen, die bereits in Afrika zweimal fliehen mussten und dann in Europa herumgeschubst wurden. Viele von ihnen sind traumatisiert, sie haben schreckliche Dinge gesehen, unter anderem havarierte Flüchtlingsschiffe. Nun sollen sie bleiben dürfen, bis ihr Fall politisch auf EU-Ebene geklärt wird. Da tut sich ja im Moment einiges, wenn man zum Beispiel dem Präsidenten des EU-Parlaments, Martin Schulz, zuhört: Auch er fordert ein Umdenken in der Flüchtlingspolitik.

Glauben Sie denn, das sind mehr als Worte?

Ich habe die Hoffnung, dass sich wirklich etwas bewegt, aber das kann lange dauern. Das gesunkene Schiff vor Lampedusa wird leider nicht die letzte Katastrophe gewesen sein. Die Toten sind ja auch ein Kalkül, sie dienen der Abschreckung. Aber dadurch wird der Strom an Menschen nicht abreißen, die zu uns fliehen. Wie viele müssen noch sterben, bis wir das begreifen und umsteuern?

Ist bei der Haltung des Hamburger Senats eine Reaktion auf das Schiffsunglück vor Lampedusa zu spüren?

Nein, es gab nicht ein Wort der Betroffenheit. Dabei wäre das ja ein Moment gewesen, in dem der Senat ohne Gesichtsverlust hätte umsteuern können. Aber die verantwortlichen Politiker bringen das gar nicht in Zusammenhang, das erschreckt uns ja so. Die letzten Toten in Lampedusa sind noch nicht bestattet, da werden die Überlebenden hier von der Polizei gehetzt, erkennungsdienstlich behandelt, kriminalisiert. Auch wir Unterstützer stehen öffentlich am Pranger: Uns wird Beihilfe zum illegalen Aufenthalt vorgeworfen.

Die Stadtverwaltung fürchtet wohl, dass sie einen Präzedenzfall schafft, wenn sie diese Flüchtlinge unbürokratisch aufnimmt.

Das ist eine zynische Argumentation: Wir können diesen Menschen nicht helfen, weil sonst andere nachkommen. Wenn man so denkt, kann man gar keine humanitäre Hilfe mehr leisten.

In Berlin-Hellersdorf gab es im Sommer rechtsradikale Proteste gegen eine Gruppe Flüchtlinge unter anderem aus Syrien. Haben Sie so etwas auch erlebt?

Seit der Senat mit einer Razzia reagiert und das Kirchengelände mit Polizei umstellt hat, erreichen meinen Kollegen und mich verstärkt rassistische E-mails und Pöbel-Anrufe. Der Senat bekommt für seine harte Haltung Applaus vom rechten Rand.

Sie erhalten aber auch eine Menge Unterstützung aus der Bevölkerung.

Ja, wir haben einen Unterstützerkreis von 150 Aktiven, darunter viele, die vorher noch nie in der Kirche waren. Sie kochen für 200 Menschen, organisieren eine Kleiderkammer und halten Tag und Nacht Wache. Eltern kommen mit ihren Kindern und spielen Fußball mit den Flüchtlingen, andere machen Musik, eine Nachbarin brachte heute frisch gebackenen Kuchen. Der FC Sankt Pauli hat einen Satz Bettwäsche geschickt und der bekannte Koch Tim Melzer spendet Lebensmittel. Ein Kindergarten kam mit selbst gemalten Bildern vorbei, eine Schulklasse hat eine Unterschriftenliste an den Senat geschickt, damit die Stadt ihre Turnhalle für die Flüchtlinge öffnet. Sogar Polizisten, die tagsüber die Kirche umstellen, kommen nach Feierabend in Zivil hierher und überbringen uns Grüße. Das alles zeigt, wie groß die Solidarität ist. Darin liegt eine Menge Schönheit und Würde, woraus wir viel Kraft schöpfen. Auch die muslimische und die jüdische Gemeinde unterstützen uns. Wir rücken zusammen, weil es um Werte geht, die wir alle teilen.

Wie geht es den Afrikanern, die nun schon so lange auf engstem Raum zusammenleben-

Sie haben sich als Gruppe organisiert, Sprecher gewählt und artikulieren sich politisch. Durch die große Unterstützung aus der Nachbarschaft entsteht sogar eine Art Freude im Lagerleben. Auch die Flüchtlinge leben hier übrigens in einem interreligiösen Dialog. Die Hälfte betet Richtung Altar, die andere Richtung Mekka.

Nur gemeinsam sind die Probleme zu lösen

Blankeneser diskutieren: Flucht und Asyl in Europa Was tun?

Zwischendurch lachten die Diskutanten, doch das Thema blieb ernst. Fünf Fachleute rangen im Gemeindehaus Blankenese um Lösungen zur aktuellen Flüchtlingsfrage. Asylrecht in Europa, Lampedusa-Flüchtlinge in St. Pauli, deutsche Gesetzgebung und EU-Richtlinien komplex waren die Themen für die Vertreter aus Justiz, Politik, Kirche und Diakonie. ZEIT Online-Redakteur Lenz Jacobsen moderierte das Podium, mehr als 70 Zuhörer diskutierten mit.

Gestern haben wir Wohncontainer für die afrikanischen Gäste der St. Pauli-Kirche aufgebaut, sagte Pastor Sieghard Wilm: Der Bezirk Altona hat sich in bewundernswerter Weise in einem Bündnis aller Parteien hierfür gerade gemacht. Damit könne die Kirche die humanitäre Situation der Flüchtlinge gestalten, so der St.-Pauli-Pastor:

Zahlreiche Ehrenamtliche helfen mit, auch mit kostenlosen Sprachkursen. Der Pastor schmunzelte: Darunter sind viele Deutschlehrerinnen vom alten Schlag, wie ich sie noch aus der Schulzeit kenne.

Die Flüchtlinge aus Afrika, das steht fest, kommen warm und sicher über den Winter. Doch wie groß ist ihr rechtlicher Spielraum in Deutschland- Reinhard Wilke, Richter am Oberverwaltungsgericht Schleswig, erklärte den Rechtsweg: Wir müssen ihren Fluchtstatus klären. Sie sprechen hier in Blankenese von Menschen und Gästen. Das seien wichtige Stichworte der Zivilgesellschaft: Die Justiz arbeitet hingegen mit Begriffen aus dem Rechtsbereich. Sind es Menschen, die aus Gefahr für Leib und Leben Asyl suchen- Dann, so Wilke, erhalten sie auch Asyl. Das ist bindende völkerrechtliche Konvention in der BRD und in der EU, die inzwischen erweitert wurde. Racheakte von Clans, Klitorisbeschneidung und das Fehlen eines Staates, der Rechtssicherheit bietet, gehören dazu.

Doch hier liegt der erste Haken: Ein vermeintlich rechtsstaatlicher Schutz ist bei vielen Staaten kaum überprüfbar, erklärte Anne Harms, Leiterin von Fluchtpunkt. Die kirchliche Hilfsstelle der Nordkirche hat die Aufgabe, Anwalt der Flüchtlinge zu sein. Harms: Ein Rechtsstaat zeichnet sich nicht nur durch Verordnungen aus. Wir müssen prüfen, ob sie mit der Verfassung und der zitierten Menschenwürde in den Fluchtländern vereinbar sind. Das ist oft nicht möglich.

Die größte Zahl der Flüchtlinge sind nach Rechtsexperte Wilke Migranten, etwa aus wirtschaftlichen Gründen. Gleich hier verwies Pastor Wilm auf St. Pauli: Angesichts menschlicher Dramen hilft die Unterscheidung zwischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen wenig. Flüchtling oder Migrant: Wir müssen helfen.

Das betonte auch Christiane Schneider, Verlegerin und Mitglied der Linken in der Hamburger Bürgerschaft: Die Menschen, die kommen, nehmen ihren Tod in Kauf, um nach Europa zu gelangen. Dass Menschen durch uns zu Tode kommen, dürfen wir als zivilisierte Europäische Union nicht hinnehmen.

Wird es besser, wenn wir allen Flüchtlingen die Tore öffnen- fragte Moderator Jacobsen. Was ist die Antwort der Politik- Die richtige Sprache sei hier eine besondere Gradwanderung, meinte Karin Prien (CDU). Die Rechtsanwältin, ebenfalls Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, warnte davor, dass die eine Seite der anderen in der Argumentation das moralische Recht abspricht. Wenn wir in Hamburg weiterkommen wollen, müssen wir das ändern, so Prien: Ich sehe keinen Widerspruch zwischen Rechtsstaat und Humanität. Alle Parteien in Altona haben fraktionsübergreifend dafür gestimmt, dass die Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg über den Winter kommen und innerhalb des Bleiberechts alle Prüfungen durchlaufen können, und zwar innerhalb eines verfassungsgemäßen Regelwerks: Dies als Bürokratie zu bezeichnen ist wertend.

Das Publikum nickte zustimmend mal bei der einen, mal bei der anderen Sichtweise, doch schon waren sich beide Vertreterinnen der Hamburger Bürgerschaft wieder einig: Die Entscheidung im Bezirk Altona für die Lampedusa-Flüchtlinge ist richtig. Prien mit Blick auf die Zukunft: Flüchtlinge müssen besser behandelt werden. Das Arbeitsverbot ist eine schlechte Lösung. Wir müssen bei minderjährigen Flüchtlingen anfangen und sie ausbilden. Das hörte Anne Harms von Fluchtpunkt gern. Sie erlebt in der Praxis immer wieder, dass Jugendliche keine Papier haben, ihr Alter zu hoch eingestuft wird und sie deshalb keine Schulbildung mehr erhalten.

Solche Impulse kommen immer aus der Gesellschaft, meinte Christiane Schneider. Jetzt muss die Politik sie aufgreifen. Hinzu komme, dass Deutschland dringend Zu-

wanderer braucht. Das belegte Dr. Margret Johannsen vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und als Blankeneser Gemeindeglied mit aktuellen Zahlen.

Klar wurde an dem Abend auch: Keine gesellschaftliche Gruppe kann alleine für das Asylrecht neue rechtliche Verfahren entwickeln. Dr. Denise von Quistorp erklärte dazu die Position der GemeindeAkademie Blankenese, die mit dem Runden Tisch - Hilfe für Flüchtlinge zu dieser Diskussion eingeladen hatte: Probleme von Flucht und Asyl in Europa können Verantwortliche und Gruppen nur gemeinsam lösen. Denn auch die Verantwortung hat ja niemals nur einer allein.

Cornelia Strauß

Studientag Gemeinwesendiakonie

voelker@diakonie-hamburg.de

Beim 4. Studientag Gemeinwesendiakonie am 30. Oktober 2013 in der Timotheusgemeinde in Horn wurden unterschiedliche Zugänge zur Gemeinwesendiakonie in Hamburg vor- und zur Diskussion gestellt.

Dazu gab es Workshops unter den Überschriften Sozialkirche, Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung, Gemeinden im demografischen Wandel und Option für die Armen. Der Studientag bot auch die Möglichkeit, praktische Werkzeuge kennen zu lernen, die im Rahmen einer gemeinwesendiakonischen Orientierung hilfreich sein können: Was ist eine Stadtteilanalyse und wie mache ich sie- Wie können Menschen im Stadtteil aktiv werden (community organizing)- Wie komme ich von der Idee für ein Projekt zur Umsetzung-

Ob und wie Gemeinwesendiakonie gefördert werden kann und ob und wie Gemeinwesendiakonie im kirchlich-diakonischen Rahmen eigentlich gesteuert werden kann war Thema im zweiten Teil der Veranstaltung. Moderiert von Jürgen Heilig, Ev. Akademie der Nordkirche, diskutierten Pröpstin Isa Lübbers vom Ev.-luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost, Pastor Dr. Tobias Woydack aus der Maria-Magdalena-Kirchengemeinde im Osdorfer Born, Gabi Brasch vom Vorstand des Diakonischen Werkes Hamburg und Käthe Stäcker aus der Abteilung Diakonie und Bildung des Ev.-luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost.

Das Eingangsreferat von Frank Düchting über Erfolgsfaktoren in der Gemeinwesendiakonie kann unter

http://www.akademie-nek.de/h/die_stadt_mitgestalten_107.php

nachgelesen werden.

Auch dieser Studientag hat wieder gezeigt, dass ein Format mit gemeinwesenorientierten Inhalten geeignet ist, Interessiertes Fachpublikum aus unterschiedlichsten Arbeitsbereichen zusammen zu führen. Sowohl auf Seiten der Veranstalter - Diakonisches Werk Hamburg, Diakonisches Werk des Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein, Ev.-luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Netzwerk Kirche Inklusiv, Ev. Stiftung Alsterdorf und Ev. Akademie der Nordkirche als auch auf Seiten der 65 Teilnehmenden: Pastorinnen und Pastoren, Haupt- und Ehrenamtliche aus Kirchengemeinden und Kirchenkreisen, Vertreterinnen und Vertreter von Diakonischen Einrichtungen, Vertreterinnen von Bezirken, nichtkirchlichen Trägern, Vereinen und von Hochschule fanden den Weg in die Timotheusgemeinde.

An Stelle einer umfassenden Dokumentation des Studientages sollen an dieser Stelle die Ergebnisse von zwei der Workshops mit Sozialraum relevanter Thematik näher beschrieben werden: 1. Gemeinde und integrierte Stadtteilentwicklung und 2. Sozialkirche, ein Interview mit Stefan Harms von der Timotheusgemeinde zu Langhorn.

Gemeinde und Integrierte Stadtteilentwicklung

Oliver.Spies@stjuergen-zachaeus.de

Zum Zugang Gemeinwesendiakonie über das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) brachte Pastor Oliver Spies eigene Erfahrungen ein. Das RISE-Gebiet Essener Straße liegt im Gebiet der Gemeinde St. Jürgen-Zachäus in Langhorn. Das Quartier wurde von der Stadt aufgrund der sozialen Situation als Entwicklungsgebiet ausgewählt. Wie in allen RISE-Gebieten gibt es einen vom Bezirk beauftragten Gebietsentwickler / Quartiersmanager. Aus Sicht von Pastor Spies stellt diese Situation einen Reichtum dar. Es gibt für einen bestimmten Zeitraum, in der Regel 8 Jahre verlässliche Ansprechpartner, ein Stadtteilbüro. Dadurch kommt es zu neuen Kooperationen: man macht quasi Inventur im Stadtteil. Wo sind Probleme- Welche Lösungsvorschläge gibt es- Wer kann welchen Beitrag leisten- Diese Kooperationen sind nicht mehr zufällig, sondern gewolltes und praktikierbares Programm.

Die Auswahl als RISE-Gebiet bot der Kirchengemeinde die Chance, ihr Inseldasein und ihre Konzentration auf die eigenen Herausforderungen und die Kerngemeinde aufzubrechen. Zwar blieb die theologische Orientierung, Kirche für und mit anderen zu sein, ein klares Bekenntnis für die Gemeinde. Doch erst praktische Schritte haben zu Lernprozessen geführt. Die Gemeinde musste sich entscheiden, welche Rolle sie im Quartier übernehmen und welche Kooperationen sie eingehen will. Die Gemeinde hat sich entschieden, ständiges Mitglied im Stadtteilbeirat zu werden, am Runden Tisch zu verschiedenen Themen mitzuarbeiten und dabei auch geschäftsführende Aufgaben zu übernehmen. RISE-Förderungen sind zeitlich begrenzt. Daher unterstützt die Gemeinde auch den Aufbau eines Stadtteilvereins. Motiv dafür ist die Erkenntnis, dass es immer wieder der Vergewisserung über gemeinsame Sachen und Aktivitäten bedarf, sollen Kooperationen im Stadtteil längerfristig gelingen. Schließlich bot die Gemeinde die kirchlichen Räume auch als Ort für Versammlungen und andere Veranstaltungen an. Die Öffnung nach außen führte zum Kontakt mit neuen Menschen. Die Tür war auf und die Gemeinde wurde zum Gastgeber und gleichzeitig zu einer von mehreren Veranstaltern, ja auch zum Gast im eigenen Haus, denn die gemeinsame und gleichberechtigte Organisation eines Veranstaltungskalenders wurde sehr ernst genommen.

Die bisher gesammelte Erfahrung lässt Pastor Spies zu dem Schluss kommen, dass es ein Vorteil der Gemeinde ist, finanziell unabhängig von Fördergeldern zu sein. Andere Träger sind existenziell von staatlichen und städtischen Förderungen abhängig. Die Gemeinde ist freier auch von Konkurrenz. Sie kann auf dieser Basis Kooperationspartner sein, Moderationsaufgaben übernehmen und Atmosphäre schaffen, die sich an der Zusammenarbeit und dem Gemeinwohl orientiert. Voraussetzung ist zuvor die Klärung der eigenen Grenzen und Kompetenzen.

Notwendig ist es auch, dass die Gemeinde ihre Interessen offen legt. Sie muss gegenüber anderen Akteuren im Stadtteil sagen können, warum sie das macht, was sie macht. Diese Transparenz gilt auch für andere Akteure.

Zum Lernprozess der Gemeinde gehört auch, dass die Integrationsbeauftragte des Bezirkes den interreligiösen Dialog befördert hat. Sie hat unterschiedliche Religionsgemeinschaften eingeladen. Alle Gäste waren als Gäste gleich. Alle waren Gäste mit gleich großer Bedeutung. Diese Gleichheit hat den Dialog leicht gemacht.

Zum Lernprozess gehört auch, dass im Gebiet Essener Straße ein Hamburger Standardprodukt von RISE, nämlich Bau und Organisation eines Community-Centers, mit möglichst allen Angeboten unter einem Dach gescheitert ist. Die Stadtteilakteure wollten sich nicht das Risiko aufladen, alles unter ein Dach zu bringen, um dann festzustellen, dass es für zentrale Aufgaben und Betriebskosten keine sichere Finanzierung gibt. Statt eines Stadtteilzentrums gibt es nun ein dezentrales Raumkonzept. Auch der Raum Kirche gehört dazu.

Pastor Spies kann mit der Gemeinde eine positive Zwischenbilanz ziehen. Durch Kooperation hat die Gemeinde neue Zugänge gewonnen: zu anderen aktiven Menschen im Stadtteil; zu Menschen, die ganz besondere, auch prominente Veranstaltungen organisieren können; zu neuen Aktivitäten immer begleitet von der Frage: Wenn die Gemeinde etwas im Stadtteil machen will, mit wem aus dem Stadtteil will sie das gemeinsam tun.

Wolfgang Völker

Soziale Kirche - Sozialkirche

sharms@timo-horn.de

Auf der einen Seite 15 Personen im Sonntagsgottesdienst, auf der anderen Seite jeden Montag 200 bis 250 Leute bei der Lebensmittelverteilung in der Kirche. Dazu Andrang in der Kleiderkammer, beim Frühstückscafé und der Suchtberatung. Gleichzeitig wird die Pastorenstelle gestrichen und die Gemeinde mitversorgt. Wie bekommt man das zusammen mit dem Auftrag von Kirche-

Ein Interview mit Stefan Harms, Ehrenamtlicher und Vorsitzender des Kirchengemeinderates der Timotheus-Gemeinde zu Hamburg Horn.

CW: Was bedeutet Sozialkirche?

SH: Sozialkirche ist ein Schlagwort, das wir nach dem Besuch einer Kieler Gemeinde übernommen haben. Sozialkirche meint hier die strategische Ausrichtung auf die besonderen Bedürfnisse eines Stadtteils. In diesem Zusammenhang haben wir uns gefragt, was genau ist bei uns der kirchliche Auftrag- Diese Frage impliziert die Frage nach den Nöten der Menschen, danach, was sie zum Leben brauchen. Und danach richtet sich unser Angebot. Wir orientieren uns am Sozialraum und sind so Sozial-Kirche.

CW: Ist das eine neuere Entwicklung?

SH: Nicht bei uns: Die Gemeinde ist jetzt seit gut 50 Jahren im Stadtteil und es gab schon frühzeitig einen Arbeitsschwerpunkt in der sozialdiakonischen Arbeit. Anfang der 70er Jahre war das hier beispielsweise eine der so genannten Rockerkirchen. Man war diakonisch und sozialpolitisch motiviert und wollte die randständigen Jugendlichen unterstützen, ihr Lebensrecht in der Gesellschaft wahrzunehmen. Das ist bis heute so. Aktuell passt dazu z.B. unsere stadtteilorientierte Suchtberatung in Zusam-

menarbeit mit der Jugendsozialarbeit. Grundsätzlich kann man sagen, dass die Nachfrage nach Hilfsangeboten und Beratung jeder Art ständig gestiegen ist.

CW: Und was ist mit dem klassischen Angebot von Kirche?

SH: Bei uns gab es und gibt es natürlich auch Gottesdienste und Amtshandlungen. Allerdings hat die Zahl der Kirchenmitglieder durch demografischen und gesellschaftlichen Wandel über die Jahre auf zuletzt gut 1400 abgenommen und in den Gottesdienst kommen so um die 15 Besucher. Das ist nicht gerade viel und so haben wir in unserer Gemeinde aufgrund der Bemessungszahlen seit 2008 keine eigene Pastorenstelle mehr. Das ist aus meiner Sicht eine vertane Chance mit den Menschen außerhalb des klassischen Angebotskanons in Kontakt zu kommen. Und dass die Menschen uns in diesem Kontext durchaus als Kirche wahrnehmen, merke ich daran, wie häufig ich als Herr Pastor angesprochen werde.

CW: Ist Sozialkirche noch Kirche? Oder anders gefragt, wo ist der Unterschied zwischen Ihnen und sozialen Einrichtungen?

SH: Diese Frage wird uns häufig gestellt. Und ich frage zurück, wann ist Kirche denn Kirche- Für mich steht Kirche mitten in der Welt und muss sich folgerichtig ihren Nächsten öffnen. Im Unterschied zu anderen sozialen Einrichtungen versuchen wir, die Menschen ganzheitlich zu sehen und sie nicht auf ein Problem zu reduzieren, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit oder Bedürftigkeit. Wir nehmen uns diese Freiheit begründet durch unseren Glauben. Und wir haben diese Freiheit natürlich auch durch die Unabhängigkeit von staatlicher und städtischer Förderung.

CW: Sehen Sie sich als Lückenbüßer für eine verfehlte Stadtentwicklungspolitik-

SH: Nein, denn wir haben einen eigenen genuin christlich-diakonischen Auftrag und der misst sich nicht an möglichen Verfehlungen anderer. Wir legen den Finger auf die Wunden. Nicht umsonst findet die Lebensmittelverteilung bei uns direkt vor der Kirche statt. Die Menschen sollen sehen, hier gibt es Armut.

Durch unsere Arbeit gelten wir der Stadt als verlässlicher Partner. Das hat für uns wiederum den Vorteil, dass wir quasi im Gegenzug zu den Problemen und zur sozialen Lage im Quartier gehört werden.

Als großer sozialer Träger mit gemeinnützigem Anspruch in Hamburg-Horn sind wir darüber hinaus in der Stadtteilkonferenz vertreten, Mitglied im Quartiersbeirat und haben einen ziemlich guten Stand gegenüber dem Bezirksamt Mitte.

Kontakt: Stefan Harms, 040/659980510, sharms@timo-horn.de

Zahlen zum Quartier:

Laut einer Statistik von 2012 hat der Stadtteil Horn knapp 38.000 Bewohner. 17% sind unter 65, 14,8% unter 18 Jahren. Der Anteil Minderjähriger mit Migrationshintergrund beträgt 68,4%, der Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund beträgt insgesamt knapp 45%. Ausländerinnen und Ausländer haben einen Anteil von 22,6%. Gut 57% der Bevölkerung im Stadtteil Horn leben in Einpersonenhaushalten, was durch die überwiegend kleinen (SAGA)-Wohnungen im Quartier befördert wird. 18,4 Prozent der Wohnbevölkerung sind Leistungsempfänger nach SGBII, 42,3 Prozent der unter 15-Jährigen beziehen Leistungen im Rahmen der Mindestsicherung. Quelle: Stat. Landesamt SH/HH Stadtteilportraits

Cornelia Weschke, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Kirchenkreis Hamburg-Ost

Bürgerhaus Bornheide eingeweiht

www.buergerhaus-bornheide.de

Pink und orange, rot und blau, gelb und grün: So bunt wie die neuen Pavillons des Bürgerhauses Bornheide war auch sein Start. Unter großer Beteiligung von Bürgern, Stadtteilinitiativen, politischen und kirchlichen Vertretern wurde das umfangreichste Bürgerhaus in Hamburg am 14. September eingeweiht.

Strahlende Gesichter schwärmten über das Gelände mit Haupthaus und fünf Pavillons. Nach zwölfjähriger Planung und fast zweijähriger Bauzeit öffnete das Bürgerhaus in dem Ensemble auf dem 24.500 Quadratmeter großen Grundstück seine Pforten.

Jazz-live-Musik von Gottfried Böttger, Kinderzirkus von Abrax Kadabrax, kulinarische Köstlichkeiten von Borner Bürgern prägten den fulminanten Start. Das Projekt ist ein Musterbeispiel dafür, wie von Anfang an alle Akteure zusammengearbeitet haben, freute sich Oda Scheibelhuber vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Die Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung dort war aus Berlin zur Einweihung angereist und betonte: Der Bund hat das Projekt mit dem Städtebauförderungsprogramm unterstützt, weil alle Ebenen der Verwaltung sich im Stadtteil an einen Tisch gesetzt und fächerübergreifend alle Belange des Stadtteils einbezogen haben. Dafür zolle ich Ihnen großen Respekt.

18 Angebote unter einem Dach

Als stadtteilkultureller Treffpunkt, als ein Ort der Bildung und als Anlaufpunkt für Beratung und unterschiedliche Lebenslagen ist das Bürgerhaus Bornheide das wichtigste Vorhaben der Quartiersentwicklung im Osdorfer Born. Der Stadtteil verfügt damit über einen Ort, an dem Engagement, Selbständigkeit und Kreativität der Bewohner und Bewohnerinnen befördert werden. Mit einem Bürgersaal, Seminarräumen und Café für selbst organisierte Veranstaltungen. Das Stadtteilbüro und die Borner Runde, das Bürgerbeteiligungsgremium am Osdorfer Born, haben hier ihr Zuhause.

Jutta Blankau, Präses der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in der Freien und Hansestadt Hamburg, zeigte sich bei der Eröffnung beeindruckt von dem Bürgerhaus, das weiträumig zwischen Bäumen und einem Bürgerpark angelegt ist. Ab jetzt gehe es darum, die neue Stadtteilinfrastruktur anzunehmen, so Blankau. Dass dies gelingt, ist sich Dr. Frank Toussaint vom Bezirk Altona sicher: Die Initiativen im Osdorfer Born haben der Bezirksversammlung viele Anstöße für ihr Quartier gegeben und das Bewusstsein für Orte wie den Osdorfer Born gestärkt, sagte der Vorsitzende der Bezirksversammlung Altona anerkennend.

Das Bürgerhaus vereint unter einem Dach 18 Angebote. Die Palette reicht von vorgeburtlicher Beratung über Baby- und Kleinkinderangebote sowie Begleitung von Jugendlichen und Jungerwachsenen bis zu Angeboten für Seniorinnen und Senioren. Die räumliche Nähe der Einrichtungen stärkt ihre Kooperation zum Vorteil für die Bevölkerung. Das Bürgerhaus Bornheide ist ein Ort der Bildung, der Kultur, der Beratung und der Hilfe. Unter der Trägerschaft des Diakonischen Werkes Hamburg-West/Südholstein entsteht hier ein dichtes Netzwerk für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen. Ein einladendes Wohnzimmer für die Osdorfer soll das Bürgerhaus werden, sagte die Diakoniepastorin des Kirchenkreises Hamburg-West/Südholstein, Maren von der Heyde, bei der Eröffnung. Der Dorfcharakter der Pavillons schaffe enge

Verbindungen und zugleich einen neuen Raum für die Osdorfer, so die Leiterin des Diakonischen Werkes Hamburg-West/Südholstein.

Idee entstand vor 12 Jahren

Vor zwölf Jahren entstand die Idee zu diesem Bürgerhaus. Seitdem arbeiten unter anderem Mitglieder der Borner Runde an der konzeptionellen Entwicklung mit. Eine Befragung im Jahr 2004 ergab, dass die Bewohner am Osdorfer Born ein Zentrum zur Begegnung mit vielseitigen sozialen und kulturellen Angeboten wünschen und eine größere Nähe und Kooperation untereinander. Durch den Umzug der Grundschule Barlsheide ergab sich die Möglichkeit, die aufgegebenen Schulgebäude mit dem Grundstück im Glückstädter Weg 75 zu übernehmen. Die neue Altonaer Bezirksamtsleiterin Dr. Liane Melzer würdigte im Rückblick ihren Vorgänger: Ich möchte Jürgen Warmke-Rose für sein großes Engagement in der Planungs- und Bauzeit des Bürgerhauses ausdrücklich danken.

Ermöglicht wurde das Bürgerhaus Bornheide durch zahlreiche Förderer: Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung; Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration; Hamburger Klimaschutzkonzept; Bezirksamt Altona; Bezirksversammlung Altona; Runder Tisch der Wohnungswirtschaft Osdorfer Born: SAGA, Bauverein der Elbgemeinden, Altonaer Spar- und Bauverein, HANSA Baugenossenschaft, Baugenossenschaft freier Gewerkschafter, Grundstücksverwaltung von Mallesch Erben; fördern und wohnen, Borner Runde, Spendenparlament Hamburg, HASPA-Stiftung Nachbarschaft, Alsterdorf Assistenz West, Chiesi GmbH, Sicherheitskonferenz Altona, Hamburger Volkshochschule

Der Osdorfer Born ist im Aufwind. Das zeigte schon bei der Einweihung die inhaltliche Beteiligung aller Einrichtungen und die erfrischen Doppelmoderation der Einweihung durch zwei Osdorfer. Die Leiterin des Kindermuseums, Margot Reinig, und Frieder Bachteler von der Redaktion des Osdorfer Stadtteilmagazins Westwind, signalisierten: Hier bläst frischer Wind, es entsteht viel Neues im Hamburger Westen.

Cornelia Strauß

Wohnungspolitik Neuer Mietenspiegel

nagel@diakonie-hamburg.de

Nun liegt der neue Mietenspiegel für Hamburg vor. Er belegt, dass die Mieten weiter steigen. Die Wohnungspolitik des Senats ändert an dieser Entwicklung bisher nichts. Die Rede der Senatorin Jutta Blankau von einer Stagnation der Mietpreissteigerung ist wenig überzeugend. Die Mieten in Hamburg sind zwischen 2009 und 2011 um 5,8 % angestiegen. Seit 2011 kletterten sie erneut, und zwar um 5,7 Prozent. Der Anstieg der Mieten liegt über der allgemeinen Preissteigerung von 3,3 Prozent. Zugleich ist - wie bei den letzten Mietenspiegeln - **der Anteil von Mieten, die eine günstigere Miete als sechs Euro pro Quadratmeter aufweisen, weiter gesunken** ist. **2009** lag ihr Anteil noch bei **44,8 Prozent**, so war er 2011 auf 32,7 Prozent gesunken. **Jetzt liegt ihr Anteil bei 24,3 Prozent.** Während 2011 Wohnungen mit Mieten unter sieben Euro noch 52,2 % der Mietwohnungen ausmachten, sind es nach dem aktuellen Mietenspiegel 45,4 %.

Unter www.hamburg.de/mietenspiegel ist der neue Mietenspiegel online verfügbar.

Hamburg finanziert keine unabhängige Sozialberatung mehr

Mit der Neuausrichtung der psychosozialen Beratung für SGB II-Leistungsberechtigte schlägt Hamburg einen falschen Weg ein. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) Hamburg kritisiert vor allem, dass sozialrechtliche Konflikte mit den Jobcentern kein Gegenstand der Beratung mehr sein dürfen. Wer in einem solchem Konflikt steckt, soll zur Klärung an die Jobcenter verwiesen werden. Erwerbslose sollen sich also von den Stellen beraten lassen, mit denen sie im Konflikt sind. Jens Stappenbeck, Geschäftsführer der AGFW Hamburg: Das ist absurdes Theater. Nur die Erwerbslosen haben dabei nichts zu lachen.

Hintergrund dieser Pressemitteilung ist eine Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 23. Oktober 2013, in der ein neues Konzept für die psychosoziale Betreuung und Beratung von Erwerbslosen verkündet wird (Drucksache 20/9375).

Problematisch an der Neuorientierung ist vor allem, dass Unabhängigkeit, Vertraulichkeit und Offenheit der Beratung nicht mehr gewährleistet sind. Die Beratungseinrichtungen, die künftig diese Leistungen anbieten müssen enger als bisher mit dem Jobcenter kooperieren. Die Jobcenter müssen der Beratung zustimmen. Die Ziele der Arbeit werden an den Zielen des SGB II ausgerichtet. Alle Hilfen sollen sich dem übergreifenden Ziel der Eingliederung in Arbeit, sprich in irgendeine Erwerbsarbeit zu kommen, unterordnen. Erwerbslose, die keine Hartz-IV-Leistungen bekommen, sollen nicht mehr beraten werden, sozialrechtliche Beratung bei Konflikten mit dem Jobcenter oder die Unterstützung bei Antragstellung, das Erklären von Bescheiden all das hat im neuen Konzept nichts mehr verloren. Denn das sind ja Regelaufgaben der Jobcenter. Dass es Beratungsbedarf gibt, weil diese Regelaufgaben immer wieder mal nicht richtig funktionieren oder weil es Widersprüche zwischen Zielvorgaben und umfassender Information über Rechtsansprüche und Pflichten gibt, wird im neuen Konzept nicht gesehen.

Wer solche Probleme hat, soll sich nun an das Kundenreaktionsmanagement des Jobcenters wenden oder geht zur Öffentlichen Rechtsauskunft oder den mit kirchlichen Mitteln finanzierten Stadtteildiakonien. Sozialverbände und Gewerkschaften beraten nur für Mitglieder.

Eine Online-Petition an die Hamburger Bürgerschaft fordert die Beibehaltung einer unabhängigen sozialrechtlichen Beratung sowie die Orientierung an Freiwilligkeit und Vertraulichkeit: <http://chn.ge/16jlBqd>

Wolfgang Völker

Bitte vormerken **Veranstaltungen**

Nächstenliebe als politische Praxis christliches Engagement gegen Minderheitenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Vom 29. bis zum 30. November 2013 findet in Salem in Mecklenburg-Vorpommern die 3. bundesweite Ost-West-Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus statt.

VertreterInnen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft diskutieren die Fragen: Wo

und in welcher Ausprägung begegnet uns Rassismus und wie gehen wir mit den Auswirkungen um- Wie lebt Kirche den Begriff Nächstenliebe- Was sind Herausforderungen und wo brauchen wir innerhalb wie außerhalb kirchlicher Strukturen eine deutlichere und stärkere Position-

www.bagkr.de; Informationen zum Programm, zu Kosten und Anmeldung: Karl-Georg Ohse; Tel.: 0385 59038 114, Mail: karl-georg.ohse@teo.nordkirche.de

Mittwoch, 29.1. 2014, 20:00 Uhr
Hauptkirche St. Nikolai, Gemeindesaal
Harvestehuder Weg 118

Vom Umgang mit irregulärer Migration,

Vortrag, Gespräch, Diskussion

Die Aufnahme von acht Flüchtlingen im vergangenen Sommer in der Hauptkirche St. Nikolai hat es jedem Gemeindeglied bewusst gemacht: die Diskussion um Flucht und das Recht auf Asyl ist keine abstrakt philosophische oder politische Diskussion, sondern entscheidet ganz konkret über einzelne menschliche Schicksale mit Namen und Gesicht. Weil das so ist, kochen in dieser Diskussion leicht die Emotionen hoch. Eine sachliche, faire und konstruktive Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten im Interesse aller Betroffenen wird dadurch erschwert.

Welche Strategien in diesem aufgeheizten Klima zu einer tragfähigen Lösung führen könnten, möchte dieser Vortrags- und Gesprächsabend ausloten.

Dr. Norbert Cyrus (Hamburger Institut für Sozialforschung) forscht seit einigen Jahren zu diesem Thema und wird mit einem Eingangsreferat den Abend eröffnen. Dirk Hauer (Diakonisches Werk, Geschäftsführer des Fachausschusses Migration) wird auf die Ausführungen reagieren und Bezüge zur aktuellen Flüchtlingssituation in Hamburg herstellen. Dr. Jörg Herrmann (Leiter der Evangelischen Akademie der Nordkirche) und Hauptpastor Johann Hinrich Claussen werden in ihrer Moderation die Fragen der Zuhörer mit einbeziehen.

Eintritt frei, Spende erbeten

Donnerstag 13. Februar 2014
5. Konferenz zur Sozialen Spaltung in Hamburg

Wasser, Strom, Energie, Bildung, Gesundheit, Mobilität
.. Öffentliche Güter im demokratischen Gemeinwesen Warum wir sie brauchen und wie sie organisiert sein sollen.

Die Konferenz fragt, ob und wie öffentliche Güter soziale Spaltungsprozesse abmildern können.

Das genaue Programm mit ReferentInnen, Arbeitsgruppen und weitere Informationen finden Sie unter www.hamburg-stadtfueralle.de

Impressum

Diakonisches Werk Hamburg
Landesverband der Inneren Mission e.V.
Königstraße 54
22767 Hamburg
www.diakonie-hamburg.de

Evangelisch - Lutherischer Kirchenkreis
Hamburg-Ost
Danziger Straße 15-17
20099 Hamburg
www.kirche-hamburg-ost.de

Diakonisches Werk
Hamburg-West / Südholstein
Max-Zelck-Straße 1
22459 Hamburg
www.diakonie-hhsh.de

Verantwortlich für den Inhalt

Diakonisches Werk Hamburg
Referat Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung
Wolfgang Völker
Telefon 040 306 20 325
voelker@diakonie-hamburg.de

und

+) Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Hamburg-Ost
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Cornelia Weschke
Telefon 040 51 9000-133
c.weschke@kirche-hamburg-ost.de